

## Haushalt 2024

Der Haushaltsentwurf der Verwaltung für das Jahr 2024 ist geprägt von noch nie dagewesenen hohen Umlagen.

So verzeichnet die **Kreisumlage mit 2.752 Mio. €** und die **Jugendamtsumlage mit 2.023 Mio. €** eine exorbitante **Steigerung von knapp 580.000 €**. Gründe dafür sind u.a. die Tarifsteigerungen beim Personal, die Betreuung von Kindern, Jugendlichen sowie die weiterhin hohen Zahlen bei der Migration.

Bezeichnend in diesem Kontext sind die **Schlüsselzuweisungen** mit 1.118 Mio. €, die um rd. **200.000 € geringer** ausfallen als im Vorjahr.

Die **Personalkosten** schlagen mit **rd. 4.8 Mio. €** und die **Sach- Dienstleistungen** der Verwaltung mit **rd. 2.39 Mio. €** zu Buche.

**So machen allein die Personal- und Transferaufwendungen knapp 70% der Aufwendungen für den Haushalt 2024 aus.**

Die Kostensteigerungen in diesen Bereichen sind so erheblich, so dass ein dagegen Ansparen für uns zukünftig nicht mehr möglich sein wird.

Weitere Steigerungen sind auch bei der **Umlage zum ÖPNV** zu verzeichnen. So ist die Umlage für den ÖPNV von **157.000 € auf 215.000 €** gestiegen. Eine **Steigerung um mehr als 35%**. Meine letztjährige Feststellung, dass der ÖPNV in dieser Form ein gescheitertes Modell für den ländlichen Raum darstellt, hat sich bestätigt. Weitere Kostensteigerungen erwarten wir auch zukünftig aufgrund fehlender Fahrgäste, geringer werdende Schülerzahlen und steigenden Energie- und Personalkosten.

Bis 2027 sind wir jedoch vertraglich gebunden. Eine Möglichkeit um die Kostensteigerung einigermaßen einzudämmen besteht darin, die vorhandenen

Buslinien um 25% zu reduzieren. Darüber werden wir diskutieren müssen. Ökologisch und ökonomisch das so aufrechtzuerhalten wie bisher, ist einfach nicht mehr vertretbar.

Wichtig ist zu wissen, was wollen die Bürger, wie soll zukünftig Nahmobilität bei uns aussehen, was ist der Bedarf? Um das zu erfahren, wird in diesem Jahr unsere Stadt eine Umfrage bei den Bürgern durchführen lassen. Die finanziellen Mittel werden im Haushalt dafür bereitgestellt. Das ist richtig und wichtig!

In diesem Zusammenhang möchte ich auf das Projekt **Seniorentaxi** hinweisen. Dafür werden **5.000 €** im Haushalt bereitstellt. Die Stadt Nieheim hat bereits positive Erfahrungen damit gemacht. Das Angebot soll sich u.a. an Senioren über 65 Jahre und an Schwerbehinderte mit dem Merkmal „G“ richten. Einzelheiten dazu werden von der Stadt bekanntgegeben. Wir begrüßen es außerordentlich, dass dieses Angebot auch unseren Bürgern in Marienmünster gemacht werden kann.

## **Investitionen**

Wie in meiner letzten Haushaltsrede bereits ausgeführt, ist auch in diesem Jahr nur wenig Wünschenswertes enthalten. Die Investitionen beschränken sich auf das Notwendigste und auf Maßnahmen, die wir zum Ende führen müssen. Die meisten davon sind ohne Förderung für die Stadt nicht zu finanzieren. So variieren bei den förderfähigen Investitionen die Zuschüsse zw. 40% und 90%.

Die Wichtigsten möchte hier kurz nennen:

- **PV-Anlagen** auf den Dächern des Rathauses, der Sporthalle und anderen städtischen Gebäuden

- Für den Betrieb des **MVZ / Medizinisches Versorgungszentrum** werden wir die Voraussetzungen schaffen. Finanzielle werde dafür im Haushalt bereitgestellt. Das ist wohl mit das wichtigste Projekt der Stadt für uns alle. Damit wird die medizinische Versorgung weiterhin in Marienmünster gewährleistet.

Im Sport werden die angefangenen Projekte zum Abschluss gebracht. Dafür stellen wir auch in diesem Jahr die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung.

- Erneuerung des **Tennen Platzes** in **Kollerbeck 280.000 €**
- **Anbau Umkleidegebäude Bredenborn 376.000 € Ausführung 2025**
- Umrüstung der **Turnhalle Bredenborn auf LED Beleuchtung 18.000 €**

**Die Feuerwehr (FW) wird in diesem wie im nächsten Jahr mit erheblichen finanziellen Summen bedacht.** In diesem Jahr rd. 680.000 €.

- Allein der Umbau des **Feuerwehrgerätehauses (FGH) in Vörden** wird sich um knapp 200.000 € verteuern und somit mehr als 520.000 € kosten,
- Die Anschaffung eines **Löschfahrzeuges HLF20** (in 2025 für Bredenborn) wird sich ebenfalls um 150.000 € erhöhen. Die Kosten werden sich dann incl. Planungskosten knapp unter **600.000 €** einpendeln.

- in den **FGH, Bredenborn, Kollerbeck, Bremerberg**, wird in Abgasabsaugung, E-Verteilung und Sicherheitsbeleuchtung investiert / 23.000 €.
- Planung **Anbau FGH Münsterbrock/ Altenbergen** 40.000 €
- Kauf eines Stromaggregats für den Krisenfall (Blackout) 65.000 €

Summen, die den Haushalt stark belasten. Auch im nächsten Jahr werden für die FW erhebliche Summen aufgebracht werden müssen. Die Frage die sich uns allen stellt, wann werden wir damit durch sein?

- **Im Abwasserbereich** sind Investitionen in Höhe von 1.34 Mio. € vorgesehen, davon 690.000 € für die Erschließung des Gewerbegebiets Vörden West – Regenwasserkanalisation – wieder mal eine enorme Summe, welche die Gebührenschaube zukünftig nach oben drehen wird.

## **Unterhaltung von öffentlichen Gewässern**

Ein Projekt bedarf unserer besonderen Aufmerksamkeit und es gilt hier genauer hinzuschauen. Letztes Jahr deutete sich das Bürokratiprojekt von der EU schon an. Es geht um ein **Regenrückhaltebecken in Bredenborn**.

Dafür sollen rd. **250.000 €** investiert werden. Jeder Bürger wird jetzt denken, gut so, es wird ja sicherlich dem Hochwasserschutz und somit uns allen dienen.

Bei genauerer Betrachtung stellt man jedoch fest, dass das Becken hinter der Kläranlage in Richtung Sommersell gebaut werden soll, am topografisch tiefsten Punkt. Zweck dieser Maßnahme ist nicht der Schutz etwaig bedrohter Bürger vor Hochwasser, sondern vielmehr soll bei Starkregen der damit verbundene hydraulische Stress des Beberbachs minimiert werden.

So mancher wird sich fragen, was soll das und was bedeutet das eigentlich? Die Antwort ist denkbar einfach. Bei Starkregen kann es theoretisch dazu kommen, dass der Beberbach über die Ufer tritt und angrenzende Felder und Wiesen überschwemmt. Kleintierlebewesen könnten mit ausgeschwemmt werden und das gilt es eben zu verhindern und zu schützen. Dieses beschriebene Szenario ist eine rein theoretische Betrachtung und Annahme der EU Bürokratie.

Letztendlich wurde daraus eine EU-Verordnung und damit die gesetzliche Grundlage für die Anordnung der Bezirksregierung, diese Maßnahme umzusetzen. Bei Nichtausführung sind natürlich Konsequenzen zu erwarten. Dann wird jegliche bauliche Entwicklung in Bredenborn untersagt.

Das bedeutet, nicht eine Baugenehmigung würde erteilt und damit die Entwicklung des Neubaugebietes in Bredenborn praktisch gestoppt.

Um das zu verhindern, bleibt uns keine andere Wahl, als dieser unsinnigen Maßnahme zuzustimmen und so 250.000 € Steuergeld dafür zu verschwenden.

Dieser **Haushalt weist ein Defizit von 2.2 Mio. €** auf und kann nur durch die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden.

Angesichts der hohen Umlagen, wie Kreis- Jugendamtsumlage, immer höheren Personalkosten und höheren Sach- u. Dienstleistungen, wird es zukünftig schwierig sein, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

***Unser Bürgermeister*** hat es in seiner Rede zur Haushaltseinbringung und in unserer Haushaltsberatung deutlich zum Ausdruck gebracht. ***Die Einsparpotentiale sind so gut wie ausgeschöpft. Die Aufgaben für die Städte werden immer mehr, ohne dass diese einen Ausgleich vom Land dafür bekommen würden. Lange werde das so nicht mehr möglich sein.***

***Ich stimme dem uneingeschränkt zu.***

***Dann sollte man aber auch konsequent sich von selbst geschaffenen Verwaltungsaufgaben, wie das Erstellen einer Gemeinwohlabilanz verabschieden und nicht weiter verfolgen. Zumal ein effektiver Nutzen für die Stadt nicht ersichtlich und ebenso zweifelhaft ist. Es passt auch einfach nicht zusammen. Einerseits Klagen und andererseits sich selbst mehr Bürokratie und Verwaltungstätigkeit auferlegen.***

***Ein entsprechender Antrag dazu wurde von der UWG gestellt, der leider mit einer knappen Mehrheit abgelehnt wurde.***

***Wir werden dieses Thema weiterhin aufmerksam verfolgen und begleiten.***

#### **Positiv bleibt festzuhalten:**

- Die Grundsteuern A und B werden nicht erhöht
- Die Gebühren für Frisch- Abwasser bleiben auf Vorjahresniveau
- Die Schulden wurden weiter reduziert
- Liquiditätskredite für die Stadtkasse wurden in 2023 und werden wohl auch für 2024 nicht in Anspruch genommen.
- Die Liquidität der Stadtkasse ist gesichert
- Die Stadt bleibt weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten handlungsfähig.

Bedanken möchte ich mich bei allen Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere bei unserem Bürgermeister Herrn Josef Suermann und dem Kämmerer Kai Schöttler für die Unterstützung bei der Haushaltsberatung.

Ein Wort noch zu den ganzen Fördermaßnahmen und Zuschüssen von Bund und Land. Es ist alles Steuergeld der Bürger und fällt nicht vom Himmel.

**Es gibt zwar einen Staat, aber ein Portemonnaie hat er nicht. Er ist nur Treuhänder, der ihm von uns Bürgern zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln.**

**Das zu beachten ist die Pflicht eines jeden verantwortungsvollen Politikers.**

Die UWG wird dem Haushalt 2024 nebst Anlagen zustimmen.

Josef Wolff

Fraktionsvorsitzender